

Pressemitteilung

CFS-Umfrage zu den „Auswirkungen des Wirecard-Skandals“

Deutsche Finanzbranche sieht erheblichen Reformbedarf bei der deutschen Finanzaufsicht

FRANKFURT, 30. Juli 2020

Eine Umfrage des CFS unter Führungskräften in der Finanzbranche zeigt, dass mehr als 85% der Befragten einen Reformbedarf bei der deutschen Finanzaufsicht sehen. 76% der Teilnehmer plädieren dafür, den Zuständigkeitsbereich der BaFin zu erweitern und dadurch sicherzustellen, dass alle Finanzdienstleistungen in deren Zuständigkeitsbereich fallen.

Weniger eindeutig ist die Haltung der Finanzbranche bei der Frage, ob die bislang auf BaFin und Bundesbank aufgeteilte Bankenaufsicht zusammengeführt werden sollte. Dafür sprechen sich 58% der Befragten aus, gut 36% halten davon nichts.

Der Fall Wirecard wirft auch zahlreiche Fragen zu der Rolle der Wirtschaftsprüfer auf. Bislang unterstützte die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) die BaFin bei der Prüfung der Rechnungslegung kapitalmarktorientierter Unternehmen. Ca. 58% der Teilnehmer der Befragung würden den Aufbau eigener Prüferkapazitäten durch die BaFin begrüßen, um unabhängiger von den Big 4 zu werden.

Schließlich ist die überwiegende Mehrheit der Befragten (rund 70%) davon überzeugt, dass durch den Einsatz neuer Technologien (z.B. Künstliche Intelligenz) die Effektivität der Aufsicht erhöhen könnte.

„Die Finanzbranche plädiert eindeutig für eine Reformierung der deutschen Finanzaufsicht. Im Vordergrund sollten eine Erweiterung der Kompetenzen sowie eine bessere personelle und technologische Ausstattung stehen“, erläutert Professor Dr. Volker Brühl, Geschäftsführer des Center for Financial Studies.

„Dennoch darf man bei aller Aufregung über den Fall Wirecard nicht in Aktionismus verfallen. Ein Bashing der BaFin und des Bundesfinanzministeriums hilft niemandem. Der Sachverhalt ist noch lange nicht aufgeklärt. Erst wenn alle Fakten bekannt sind, kann man die entsprechenden Schlussfolgerungen in einem Reformpaket umsetzen“, so Brühl weiter.

Hubertus Väth, Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance e.V., unterstreicht: „Bei aller berechtigten Kritik in der Causa Wirecard, ist die notwendige Antwort nicht weniger, sondern mehr Digitalisierung. Das gilt gerade auch für die Betrugserkennung und -prävention. Die Corona-Krise ist ein enormer Beschleuniger der Digitalisierung und hat gezeigt, dass der Stand der Digitalisierung in der Deutschen Finanzwirtschaft, Wirtschaftsprüfung und Aufsicht sehr viel besser ist, als ihr Ruf. Angesichts von Wirecard, gerät das etwas ins Hintertreffen. Nun gilt es, das Momentum zu nutzen. Vom bargeldlosen Zahlungsverkehr, bis zum digitalen Schuldscheinen, vom forensischen Accounting bis zum Reporting an die Aufsicht, in Finanzsektor, Prüfung und Aufsicht ruhen noch erhebliche digitale Potentiale.“

Pressemitteilung

Die Ergebnisse basieren auf einer vierteljährlich vom Center for Financial Studies durchgeführten Managementbefragung unter Unternehmen des Finanzstandortes Deutschland.

Das Center for Financial Studies (CFS) betreibt unabhängige und international orientierte Forschung in allen wesentlichen Themenfeldern der Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Monetären Ökonomie: von Finanzstabilität und Bankenregulierung über Wertpapierhandel und -bewertung auf Finanzmärkten, Portfolioentscheidungen von Haushalten und Recht und Ökonomie von Finanzorganisationen bis hin zu Geldpolitik und Ökonomie von Finanzmärkten. Das CFS leistet, unter Verwendung relevanter Erkenntnisse aus seinen Forschungsbereichen, einen Beitrag zu politischen Debatten und Analysen. Es greift für seine Forschungsprojekte und Politikberatung auf ein Netzwerk aus Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Finanzindustrie und Zentralbanken in- und außerhalb Europas zurück.

Wir danken Frankfurt Main Finance e.V. für die finanzielle Förderung des Projekts.

Pressekontakt:

Sabine Kimmel

Center for Financial Studies
House of Finance
Goethe-Universität Frankfurt
E-Mail: kimmel@ifk-cfs.de
Tel.: (069) 798-30066

www.ifk-cfs.de/cfs-index